

Der Konservativer der Nationalgallerie Jordan erwidert, daß diejenigen Wünschen Rechnung getragen wird durch die Sammlung der Handzeichnungen lebender Meister.

Darauf wird der Titel bewilligt, ebenso Tit. 5—35.

Bei Tit. 36 „zur Unterhaltung von Denkmälern und Alterthümern 11,823 M.“ bitten die Abg. Spahn und v. Minnigerode um besondere Beütsichtigung der Restaurierung der Marienburg in Ansehung ihrer historischen und künstlerischen Bedeutung.

Minister v. Göckel führt aus, daß bis jetzt erst das Hochschloß, der nördliche Theil, ausgebaut sei, daß sich dabei aber gezeigt, daß die früheren Bemühungen, das Gebäude würde nur niedrige Etagen, kleine Räumlichkeiten aufweisen, unbegründet war. Welche Summe in den nächsten Etat zu diesem Zwecke gestellt wird, sei heute noch ungewiss, da man sich nach der finanziellen Decke strecken müsse. Mit dem Berliner wie Marienburger Komitee sei er in Unterhandlungen getreten, und sei zu hoffen, daß diese eine feste Organisation gewinnen und die Privathilfe wecken würden.

Nachdem noch Abg. Naturp um Gewährung eines Staatszuschusses für den Alterthumsverein zu Altena, Abg. Moseler um Beauftragung größerer Räume für das Provinzialmuseum gebeten hat, wird das ganze Kapitel bewilligt.

Es folgt Kap. 123 „Technisches Unterrichtswesen und Königliche Porzellanmanufaktur“. Bei Titel 1 „Technische Hochschule zu Berlin 224,250 M.“ weist Abg. v. Minnigerode darauf hin, daß die technischen Hochschulen und die Bauakademie zum Nachteil der Gewerbeschulabiturienten von den Abiturienten der Oberrealschulen überflutet werden. Das führt daher, weil diesen sonst zu viele Berufszweige verschlossen seien.

Geb. Rath v. Wehrenpennig weist statistisch nach, daß von einer solchen Überschwemmung nicht die Rede sein kann, im Gegenteil; so seien in Berlin unter 312 Studirenden nur 40 Realabschulabiturienten, obgleich ihnen schon weitgehende Berechtigungen zugestanden seien.

Abg. v. Tiedemann (Borsig) findet den Antrag der Realabschulabiturienten um Baufach ebenfalls enorm und möchte der Regierung hier ein vidente Consulat zutrauen.

Abg. Köbler (Göttingen) verlangt eine Ausdehnung der Berechtigung der Realabschulabiturienten namentlich auf das Post- und Forstfach, worin ja auch der jetzige Minister Lucius früher als Abgeordneter eingetreten sei.

Geb. Rath Wehrenpennig erwidert, daß eine Erweiterung der Berechtigungen in Aussicht genommen sei.

Abg. Meyer (Breslau) hat erst den Realgymnasiaten skeptisch gegenüber gestanden, verlangt aber jetzt, nachdem sie sich bewährt, eine Erweiterung ihrer Berechtigungen.

Abg. Dr. Windthorst kann dem Vorredner nicht beistimmen. Man sollte die Oberrealschulen überhaupt abschaffen, denn die Beschäftigung mit den alten Sprachen sei zur Schärfung des Geistes notwendig. Die oberflächliche Breitelektheit jener Schulen aber ist für die menschliche Gesellschaft kein Glück.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und Tit. 1—14 bewilligt. Bei Tit. 15 „Zuschüsse für Fach- und Kunstschulen“ tritt Abg. Dr. Stern für eine Erhöhung des Zuschusses an die Kunsthochschule zu Frankfurt a. M. ein.

Geb. Rath Lüders kann aus finanziellen Gründen eine solche nicht in Aussicht stellen.

Darauf wird Tit. 1—19 bewilligt. Sodann vertagt das Haus die Fortsetzung der Verhandlungen bis Freitag 11 Uhr.

Schluß 10 $\frac{1}{2}$ Uhr.

heikel sind, sich im Reserve- oder LandwehrOffiziers-Berhältnis befinden, und man von einer ähnlichen Maßnahme, wie sie gegen Herrn Kauffmann erfolgt ist, bisher gegen jene Agitatoren nichts gehöre hat. — Die Mittheilung einzelner Blätter, daß an der Konferenz zwischen dem Fürsten Bismarck und Herrn von Bennigsen auch Herr Miquel Theil genommen habe, ist nicht richtig; sie ist wohl dadurch entstanden, daß Herr Miquel sich gerade in Berlin befand, und zwar als Mitglied der Deputation, welche dem Kronprinzen Paare die Urkunde der Silberhochzeits-Stiftung überreichte. Herr Miquel hat sich von der aktiven Politik seit längerer Zeit sehr zurückgezogen, währendgleich wohl kaum für immer.

Die „Prov.-Korr.“ hat, wie bereits erwähnt, in ihrer neuesten Nummer auch das Steuergesetz einer längeren Betrachtung unterzogen und rechtfertigt die entgegenkommende Haltung der Regierung dem Kommissions-Entwurf gegenüber in folgender Weise:

Man hat versucht, aus dieser Haltung den Vorwurf heruleiten, daß die Regierung die von ihr vertretene Position nicht genügend vertheidigt und vorzeitig preisgegeben habe. Es mag darin gestützt bleiben, ob die Aufnahme, welche die Lizensteuer auch bei denjenigen Partei gefunden hatte, von welcher dieser Vorwurf ausgegangen ist, eine genügende Legitimation zur Erhebung derselben begründen konnte. Denfalls war in den von dieser Seite beantragten Zusätzlungen zu den höheren Stufen der Einkommensteuer ein geeigneter Erfolg für die fallengelassene Lizensteuer nicht zu erblicken.

Das Resultat ihrer Darlegung faßt die „Prov.-Korr.“ in folgende Schlussbetrachtungen zusammen:

„Das jetzt Erreichte muß unter den obwaltenden Verhältnissen als durchaus annehmbar bezeichnet werden. Der bei weitem größte Theil des Arbeitervolkes wird von der drückenden Last der Klassesteuer befreit; 75 Prozent der gesamten Klassesteuerpflichtigen Bevölkerung werden künftig keine direkten Staatssteuern, soweit dieselben nicht auf Grundbesitz oder Gewerbe gelegt sind, zu zahlen haben; 85 Prozent der bisherigen Gesamtkonsumsumme werden für die Folge befreit. Eine weitere Verbesserung liegt darin, daß die Möglichkeit, aus befreien, die Leistungsfähigkeit beeinträchtigenden Verhältnissen — große Kinderzahl, Schulden u. s. w. — eine Steuerermäßigung eintreten zu lassen, bis zur fünften Einkommensteuerstufe ausgedehnt und damit diesem Theile der Einkommensteuerpflichtigen ein gewisser Erfolg für

den Fall des bisherigen Steuererlasses gewährt worden ist. Endlich ist die Kontingentierung der Klassesteuer in Wege gekommen und damit eine Schranke niedergelegt worden, welche sich für die Steuerzahler unvorteilhaft, für die Steuerverwaltung in hohem Maße lästig und für die gesunde und natürliche Entwicklung der Steuer selbst schädlich erwiesen hätte. Dieses Ergebnis, welches seit zehn Jahren den ersten bedeutsamen Schritt auf dem Wege der Reform der direkten Steuern bezeichnet, hat nur dadurch erzielt werden können, daß, wie die Regierung, so auch die Parteien schließlich auf die Befriedigung ihrer besonderen Wünsche mehr oder minder Verzicht gelehnt haben. Die allseitige Vereinstimmung, welche dadurch besonders an Wert gewinnt, daß sie sich bei einer so überaus schwierigen und anscheinlich so bestreitbaren Frage herausgestellt hat, ist in ähnlicher Weise auch bei der Beschlusssfassung über eine gleichzeitig vorgeschlagene Neuregelung hervorgetreten, in welcher die Ziele der in Aussicht zu nehmenden organischen Reform der Klasse- und Einkommensteuer näher bezeichnet werden. — Wenn die demnächstigen Verhandlungen über die letztere mit derselben Besonnenheit und Rücksicht geführt werden, welche den jetzigen Erfolg ermöglicht hat, so wird auch dem zweiten Theile des großen Werkes das Gelingen sicherlich nicht fehlen.“

Der Veröffentlichung des Schreibens des Kaisers an den Papst darf man, wie verlautet, nach Vorendigung der Verhandlung des Kultusrats entgegensehen.

In parlamentarischen Kreisen nimmt man als sicher an, daß der Haushaltsetat für das Jahr 1884/85 dem Reichstag nach Ostern vorgelegt wird. Wie die Zeit zur Abwicklung dieses Gegenstandes gefunden werden soll, darüber weiß jedoch Niemand etwas zu sagen.

Aus dem Gerichtssaal.

* Posen, 1. März. [Schwurgericht] Bei der am 5. d. Miss. unter dem Vorsitz des Herrn Landgerichts-Direktors Franke beginnenden Schwurgerichtssitzung kommen folgende Sachen zur Verhandlung:

Montag den 5. März gegen den Tagelöhner Johann Strzyzak aus Zwolno-Hauland wegen thälichen Widerstandes gegen einen Forstschubbeamten und gegen den Eigentümer August Binder aus Amteifaffner-Hauland wegen wissentlichen Meineides.

Dienstag den 6. März gegen die Schneiderfrau Katharina Kusztalska von hier wegen Mordes.

Mittwoch den 7. März gegen den Wirth Johann Benz aus Nella-Hauland wegen vorsätzlicher Brandstiftung.

Donnerstag den 8. März gegen den Wirth Gottlieb Hildebrandt aus Boenice wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolge und gegen den Maurerlehrling Boleslaus Leoniewski, Arbeiter Nepomucen Romak und Maurer Joseph Syniewski aus Obornik wegen wissentlichen Meineides, Verleitung und Beihilfe dazu.

Freitag den 9. März gegen den Steuereinnehmer Julius Ferdinand Ottmar Degener und den Privatsekretär Richard Arthur Ferdinand Scholz aus Pinne wegen Urkundenfälschungen und Unterschlagungen im Amt.

Sonnenabend den 10. März gegen den Arbeiter Casper Nowicki aus Trebisow wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolge und gegen den Ausgeordneten Nepomucena Baczyk aus Zembowo wegen vorsätzlicher Brandstiftung.

Montag, den 12. und Dienstag, den 13. März gegen den Arbeiter Maximilian Schulz aus Scharenit wegen Körperverletzung mit tödlichem Erfolge, vorsätzlicher Brandstiftung und Diebstahl im wiederholten Rückfalle.

Als Geschworene werden fungieren die Herren: Kaufmann Robert Nösl aus Neustadt b. P., Kaufmann Max Kantorowicz von hier, Rittergutsbesitzer Stanislaus v. Zalewski aus Zwolno, Gutsbesitzer Carl Dobbers aus Miendzyle, Rittergutsbesitzer August Ernst aus Polomie, Kaufmann Aron Braun aus Schröda, Gutsbesitzer Robert Batté aus Mlynnowo, Rittergutsbesitzer Hermann Nouvel aus Wierzaja, Regierungsschulrat August Luke, Postsekretär Ludwia Binkowska, Realschullehrer Dr. Krieger von hier, Gutsbesitzer Robert Scheffler aus Dwiczel, Kaufmann Julius Hirschfeld von hier, Rittergutsbesitzer Oscar Friedrich aus Strzelcza, Gutsbesitzer Carl Mathes aus Ujsozno, Postsekretär Bruno Donig von hier, Kaufmann Max Szamotulski aus Pinne, Posthalter Lenni aus Rogozin, Fabrikbesitzer Stevan Tejelski von hier, Landgerichtssekretär Hans Krieger von hier, Rittergutsbesitzer Joseph v. Paczemski aus Grabianowo, Eisenbahnbetriebsinspektor Heinrich Jacobi von hier, Gutsverwalter Stanislaus von Pawłowski aus Rogalin, Gutsbesitzer Robert Schlundt aus Baranowo, Amtsbeamter Dr. Manskievicz, Regierungsschulrat Wilhelm Dittmar, Oberregierungsrat Hermann le Piètre von hier, Rittergutsbesitzer Leopold Blech aus Chróstlowo, Knipke Edmund Sondermann aus Baborow und Schullehrer Wilhelm Damisch von hier.

Staats- und Volkswirtschaft.

* Nordhausen, 1. März. [Nordhausen-Erfurter Bahn] In der heutigen außerordentlichen Generalversammlung der Nordhausen-Erfurter Bahn wurde der Antrag, die restirenden Eigentümer der Stammvorsitzenden durch Abstempelung auf die Stammabteile zu übertragen, mit 683 gegen 39 Stimmen angenommen.

** London, 1. März. [Diskont] Die Bank von England hat heute den Diskont von $3\frac{1}{2}$ auf 3 p.C. herabgesetzt.

Wirtschaft.

* Eine Depesche aus Milwaukee meldet, daß Scheller, Vächter des Restaurants in Newhall-House, dem Hotel, welches am 10. Januar ein Raub der Flammen wurde, der Brandstiftung angeklagt worden ist.

* Sprechende Hunde. Dem „Journal of Science“ aufgegeben, ein Herr Roujon in Clermont-Ferrand einen Hund (Seite), der allmälig soweit gebracht worden ist, daß er das Wort „Maman“ deutlich ausspricht. Um ihm zum Sprechen zu bringen, mußte man Hunde ein Stück Brot oder Fleisch vorzeigen und dabei das Wort sprechen. Sieht der Hund ein, daß er den Leckerbissen kost nicht bekommt, so entschließt er sich endlich, die gewünschten Laute von Läuse geben. Bringt sein Herr von der Jagd Wild nach Hause, so läuft es Hund von selbst nach der Küche, holt ein Messer und bringt es Hausefrau, indem er zugleich seinen Wortschatz aufzählt. Der Herr Roujon will mehrere Hunde gekannt haben, die das Wort „Maman“ deutlich aussprachen, und er glaubt, daß man es mit Fleisch Ausdauer auf diesem Wege zu erstaunlichen Resultaten bringen werde.

Telegraphische Nachrichten.

München, 1. März. Bei der heute hier stattgehabten Abgeordnetenkammer wurde der Kandidat der nationalen Partei, Dr. Dreher, mit 168 Stimmen (30 Stimmen mehr, als die absolute Majorität betrug) zum Abgeordneten gewählt.

Stuttgart, 1. März. Der König hat dem preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Maybach das Großkreuz des Koenigordens verliehen.

Wiesbaden, 1. März. Der hiesige erste Bürgermeister und frühere Landtagsabgeordnete Schlichter ist in der vergangenen Nacht gestorben.

Wien, 1. März. Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Generaldebatte über das Budget fort. Der Finanzminister trat für die unveränderte Annahme des Budgets ein und brachte darauf hin, daß man sich seit drei Jahren dem großen Ziel der Herstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt stetig nähert. Der Minister behielt sich vor, auf die Einwendungen gegen die Steuervorlage bei gegebener Gelegenheit später zu erwidern. Wenn die Linke an deren Zustandekommen nicht mitteilen kann, dann müsse die Majorität allein diesen grundlich erörtern. Der Kern der Vorlage gebe nur dahin, das bis jetzt noch noch freue Einkommen zu treffen. Der Minister widerlegte verschiedene von den Rednern der Opposition erhobene Einschränkungen und erklärte schließlich, die Regierung habe ihre Aufgabe, alle Bevölkerungen Österreichs auf dem Boden Parlamentarismus zu vereinigen, erfüllt, sie gebe jetzt unabhängig ihren weiteren Aufgaben nach. (Beifall.) Coronini trat als Mensch seiner Partei für das Budget ein, die auf Verhandlungen und Verständigung gerichtete Idee des Ministeriums wurde nur zu billigen, er sei stets für dieselbe eingetreten, die neuen Steuervorlagen sollten gemildert, die Ungleichheiten sollten ausgeschlichen werden. Die Generaldebatte wurde hier geschlossen, morgen werden nur noch die beiden Generalfauten für und gegen die Budgetvorlage und der Berichterstatter sein Wort nehmen.

In Beantwortung der Interpellation wegen der französischen Bahnen erklärte der Handelsminister, daß die Verhandlungen mit den Regierungen die Verhandlungen noch im Zuge seien; der Konventionsvertrag sei bis wenige Punkte bereits angenommen, die Regierung werde unterlassen, der Angelegenheit auch ferner ihre Aufmerksamkeit zu zuwenden.

Pest, 1. März. Das Abgeordnetenhaus hat die Vorwahl der Finanzminister, welche die Beurtheilung der Gültigkeit der Wahl seiner Minister dem obersten Gerichte zumeist, mit 113 gegen 108 Stimmen abgelehnt, weil es die Rechte des Parlaments nicht schützt. Der Justizminister hatte vorher erklärt, daß die Angelegenheit nicht als eine Parteifrage betrachte.

Pest, 1. März. Die Bilanz der Ungarischen Allgemeinen Kreditbank pro 1882 weist einen Neingewinn von 1,046,624 auf, die Dividende beträgt $19\frac{1}{2}$ Fl. und ist am 1. April zahlbar. Der aus der Konvertierung der ungarischen Goldmark bis zum Schlusse des Jages sich ergebende Nutzen ist in Gewinn einbezogen.

Paris, 1. März. [Senat.] General Robert interpellte die Regierung wegen der Anwendung des Gesetzes vom 26. September 1884 gegen die Prinzen, das Gesetz sei unrichtig ausgetragen und mißbräuchlich angewendet worden. Der Kriegsminister erwidert, die Regierung habe an dem Eigenthumsrecht der Armeen nicht gerührt, sie habe aber das Recht, über die Prinzen eine militärische Stellung (emploi) zu disponieren und habe die Prinzen ihrer Entfernung willen, in welcher ihre Anwesenheit verhindern will. Der Herzog von Audiffret-Pasquier, die Auskunft des Kriegsministers ungenügend, vermag den Unterschied zwischen militärischem Grad und dienstlicher Stellung einzusehen, konstatiert, daß die Offiziere künftig vom Belieben des Kriegsministers abhängig seien würden, wirft dem Kriegsminister vor, daß er das gethan habe, was andere nicht hätten wollen und fordert den Senat auf, seinem Willen, dem Generalstab, zu Rechnung getragen worden sei, Geltung zu verschaffen. Der Senat wurde indeß die vom Ministerpräsidenten Ferry beschlagte einfache Tagesordnung mit 154 gegen 110 Stimmen genommen.

Haag, 1. März. In der heutigen Sitzung der Kammer machte der Finanzminister von Lynden die Mittbillung, daß das Gesamt-Ministerium um eine Demission gebeten habe.

Madrid, 28. Februar. In der Deputirtenkammer berief sich Candal die Regierung über die anarchistische Bewegung.

